

Meine Wahlpräferenzen 2013

Normalerweise machen in Wahlzeiten Parteien den Wählern ihre Angebote. Diese machen dann bei der Partei ihrer Wahl ein Kreuzchen. Hier soll es mal umgekehrt sein. Hier sind meine Vorschläge an Parteien und Personen, wofür ich sie wählen würde, wenn sie diese Vorschläge unterstützen würden. Ich bitte deshalb alle Parteien, alle von ihnen unterstützten Forderungen von mir anzukreuzen.

Hier meine Vorschläge:

- Grundsätzlich: Einnahmeverbesserungen im Haushalt des Bundes, der Länder und Gemeinden, um Maßnahmen zur ökologischen Nachhaltigkeit, der Bildung, der Sicherung der Sozialsysteme und der Infrastruktur zu finanzieren
- Erhöhung des Spitzensteuersatzes (mindestens auf die Höhe der Kohl-Zeit), wodurch auch der „Bauch“ bei den mittleren Einkommen verschwindet
- Einmalige Solidaritätsabgabe für Reiche in Höhe von 1% des Vermögens zur Entschuldung des deutschen Staatshaushalts (Wiederholung einer solchen Abgabe nach 10 Jahren möglich)
- Vorschlag an die deutsche Regierung, diese Vermögensabgabe auch allen anderen europäischen Staaten zu empfehlen
- Mindeststeuer für alle (mindestens 5 % bei Einkommen ab 50 000 EUR im Jahr, erst dann werden überhaupt Steuerabschläge wirksam)
- Gesetzlicher Mindestlohn von 10 EUR/Std.
- Abschaffung des Ehegattensplittings
- Einführung eines Kinderbonus für alle Familien mit Kindern (Erhöhung des Kinderfreibetrags)
- Drastische Reduzierung der Steuerfakten und möglichen Erstattungen, damit starke Vereinfachung des Steuerrechts
- Beibehaltung des bisherigen Rentenniveaus bei der Eckrente von mindestens 50 % vom Netto
- Flächendeckendes Angebot an KITA-Plätzen für alle Kinder und deren kostenlose Unterbringung (genau wie Schule), nur an den Verpflegungskosten beteiligen sich die Eltern
- Abschaffung der „Herdprämie“, aber Erhöhung des Kindergelds
- Einheitliche Bildungsstandards für alle Bundesländer
- Grundsätzlich Grundschule bis zur 6. Klasse in allen Bundesländern, danach nur Gymnasium oder Sekundarschule (Gemeinschaftsschule) (mindestens bis Klasse 10)

- Staatlich gefördertes Rekonstruktionsprogramm für Schulen, KITAS und öffentlichen Kinderspielplätzen
- Keine Studiengebühren innerhalb der Regelstudienzeit
- Erhöhung der Gehälter für Erzieher in den KITAS, bei Lehrern: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit (egal ob Beamter oder Angestellter)
- Freie Fahrt in allen öffentlichen Nahverkehrsmitteln durch Ausgabe einer Bürgerkarte, Finanzierung des Nahverkehrs über Steuern
- Staatlich regulierte Erhöhung der Benzinpreise bis zu einem Satz, der Autofahren mehr und mehr unattraktiv macht (Steuerinstrument für ökologische Nachhaltigkeit)
- Besteuerung des Flugbenzins und Umlage auf die Flugpreise mit der Folge einer drastischen Reduzierung des Flugverkehrs
- Abschaffung aller Ausnahmeregelungen bei der Stromumlage (keine Befreiung von Betrieben), aber Bereitstellung einer unentgeltlichen Mindestmenge für jeden Bürger, sodass es erst zu Abschaltungen kommen kann, wenn diese überschritten – staatliche Genehmigungspflicht für Strom- und Gaspreise
- Neue Verpackungsmittelverordnung, die den Verpackungsmüll drastisch reduziert (Verbot von Mehrfachverpackungen, Verbot der Plastiktüte, Verbot von Leerverpackungen)
- Klare lebensmittelrechtliche Vorgaben an die Lebensmittel-Industrie und transparente Kennzeichnungspflicht sowie Einführung einer wirksamen Kontrolle durch die Lebensmittelaufsicht
- Werbesendungen per Post verbieten (so wie bei Telefon oder E-Mail schon geschehen) – „Katalog-Gesetz“: niemand darf ohne sein ausdrückliches Verlangen ein Katalog oder Prospekt zugeschickt oder zugestellt werden – auch nicht als Beilagen in Zeitungen – erlaubt bleiben allein Anzeigen in Zeitungen und Internet
- Keine Werbeeinblendungen im gebührenfinanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Fernsehen
- Bankenaufsicht
- Verbot spekulativer Finanzprodukte, attraktivere Zinsen auf „Sparbuch“ (mindestens das Doppelte des europäischen Referenz-Zinssatzes oder in Höhe der Inflationsrate), denn die Banken leihen sich damit ja Geld beim Bürger
- Transaktionssteuer für Banken
- Nur nationaler, kein europäischer Einlagensicherungsfond für Geldanlagen der Bürger
- Keine weiteren Erweiterungsbauten für Bundesautobahnen, aber Fertigstellung bereits begonnener Vorhaben – Wegeplan zur Beseitigung von Engstellen und Rekonstruktion und permanenten Erhaltung

- PKW-Maut auf Bundesautobahnen und Bundesstraßen zur Erhaltung des Wegesystems – zweckgebundene Verwendung der Mittel für Rekonstruktion und Erhaltung des Straßennetzes
- KfZ-Steuer nach Spritverbrauch und CO₂-Ausstoß ohne Relativierung durch Gewicht des Autos
- Stopp des Baus der A 100 in Berlin
- Solange kein Umbau des Adlergestells, bis die Verkehrsströme zum Flughafen Schönefeld feststehen
- Tempo 130 auf Autobahnen und feste allgemein bekannte Messstellen zur Geschwindigkeitsüberprüfung
- Einsatz einer kompetenten Bauleitung in Berlin-Schönefeld zur sofortigen Fertigstellung (spätestens zum 03.10.2014, um weitere Verluste zu ersparen, Regress für Baufirmen für bisherigen Pfusch)
- Aufhebung des Flugroutenentscheids zu Schönefeld und Festlegung neuer Flugrouten, bei denen die Bürgerfreundlichkeit Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen hat
- Nachtflugverbot auf allen deutschen Flughäfen von 23:00 Uhr bis 06:00 Uhr
- Stopp von Stuttgart 21
- Stopp des Baus der Berliner Staatsoper Unter den Linden, Weiterbau nach Umprojektierung zugunsten der früheren Fertigstellung des eigentlichen Opernhauses (Verfüllung des geplanten Kulissentunnels)
- Ausbau der Eisenbahnlinie Berlin-Dresden auf Tempo 160
- Ausbau der Sachsenmagistrale Dresden-Nürnberg und ICE Dresden-Chemnitz-Nürnberg-München
- Elektrifizierung der Strecke Leipzig-Chemnitz
- Gemeinsam mit Polen Elektrifizierung der Strecken nach Warschau, Szczecin, Gdansk, Poznan, Wroclaw
- Gemeinsam mit Tschechien Rekonstruktion der Strecke Dresden-Prag
- Keine weitere Elbvertiefung in Hamburg und keine Kanalisierung der Elbe am Mittellauf
- Pflicht, Radarfallen auf den Straßen per Straßenschild anzukündigen (wie in Polen), Schluss mit der Wegelagerei
- Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze in der Sozialversicherung
- Einführung einer Bürgerversicherung (Pflicht) für alle, Auflösung der privaten Krankenversicherungen, nur noch erlaubt als Zusatzversicherungen
- Zeichnungspflicht durch Patienten für medizinische Leistungen von Ärzten, die diese bei der Krankenkasse abrechnen

- Abschaffung der Praxisgebühr (bereits geschehen) und keine Wiedereinführung
- Abschaffung der Kündigungspflicht für Arbeitnehmer zum Zeitpunkt des Eintritts ins Rentenalter
- Auflösung aller Ministerien in Bonn und kompletter Umzug nach Berlin
- Staatliche gefördertes Wohnungsbauprogramm für kommunale Wohnungsgesellschaften und Wohnungsgenossenschaften mit Mietpreisdeckelung
- Verstaatlichung des Schienennetzes und der Stromtrassen
- Wahlrecht für Bürger ab 16 Jahre
- Pflicht aller Abgeordneten, ausnahmslos alle Nebeneinkünfte zu veröffentlichen
- Verbot von Lobbyisten-Einfluss bei der Gesetzgebung, aber Pflicht der Anhörung seitens des Parlaments
- Mehr Volksabstimmungen auch für ganz Deutschland, aber nach klaren Regularien
- Komplette Gleichstellung homosexueller Paare zu heterosexuellen Paaren (Steuer, Adoption, Altersversorgung)
- Verbot des Privatbesitzes von Waffen
- Schluss mit jeglicher Diskriminierung von Immigranten in der Schule, bei Behörden, in den Medien
- Mehr Solidarität mit anderen Ländern (Griechenland, Spanien ...) – „Marshall-Plan“ für Griechenland zur Verbesserung der Produktionsstruktur im Land (Solarstrom für Europa etc.)
- Aufhebung des Kuba-Boykotts
- Verbot der politischen Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder
- Grundsätzliches Verbot des Waffenexports in Krisengebiete, Lieferverbot von Waffen an EU-Länder, wenn diese per Kredit bezahlt werden
- Sofortiger Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan, kein Einsatz in Mali u.a.
- Verbot von Bundeswehreinsätzen im Ausland, einzige Ausnahme: Blauhelmeinsatz der UNO
- Sofortiger Rückzug der Patriot-Raketen aus der Türkei
- Bundeswehr ohne Drohnen
- Internationales Abkommen gegen illegale Kriege (Drohneneinsatz, Finanzierung von Ersatztruppen etc.) – Vervollkommnung des Völkerrechts
- Internationales Abkommen zum Datenschutz im Internet, das Ausspähen privater Daten verhindert.

| |
|--|
| <p>Eberhard Aurich Pablo-Neruda-Straße 11 12559 Berlin mail@eurich.de www.eaurich.de</p> |
|--|